



S.-H. Gemeindetag • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

24 105 Kiel, 13.03.09

Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Horst Breusing
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Reventlouallee 6/ II. Stock
Haus der kommunalen Selbstverwaltung
Telefon: 0431 570050-50
Telefax: 0431 570050-54
E-Mail: info@shgt.de
Internet: www.shgt.de

Aktenzeichen: 10.30.05 Bü/Pf

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und des Landesmeldegesetzes

Sehr geehrter Herr Breusing,

zu dem Gesetzentwurf nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir haben den Eindruck, dass die schematische Übernahme der Regelungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes nicht ausreicht, um die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners und der zuständigen Behörden in der für Schleswig-Holstein geplanten Konstellation ausreichend scharf voneinander abzugrenzen. So scheinen einige der Regelungen nicht auf die schleswig-holsteinische Lösung zu passen.

Im Einzelnen:

Zu Art. 1 Ziff. 8, § 138 b Abs. 3:

Bei fristgebundenen Verfahren (das wären u. a. alle, die der Genehmigungsfiktion unterliegen) soll die zuständige Behörde eine Empfangsbestätigung ausstellen. Empfänger des Antrages ist jedoch die einheitliche Stelle. Mit Eingang bei ihr wird der Fristenlauf in Gang gesetzt. Daher ist fraglich, welche Bedeutung die Empfangsbestätigung haben soll und wer Empfänger dieser Empfangsbestätigung sein soll. Ebenso fraglich ist, warum, auf Grundlage welcher Informationsquelle und wie die zuständige Stelle das Datum des Eingangs bei der einheitlichen Stelle mitteilen soll. Sinnvoll wäre es, wenn eine Empfangsbestätigung gegenüber dem Antragsteller durch die einheitliche Stelle ausgestellt wird.

Zu § 138 b Abs. 4:

Eine weitere Prüfung der Vollständigkeit ist durch § 3 Abs. 4 Entwurf des Errichtungsgesetzes (Version 7.3) der einheitlichen Stelle zugewiesen. Dies ist auch sachgerecht. Daher stellen sich die Fragen,

- ob auch beim Hinweis an den Antragsteller gemäß § 3 Abs. 4 Satz 3 EGEAPV.7.3 ein Hinweis auf den späteren Fristbeginn erforderlich ist,
- wie beide Prüfungen voneinander abzugrenzen sind,
- wer wem das Datum des Eingangs der nachgereichten Unterlagen bei der einheitlichen Stelle mitzuteilen hat.

Zu § 138 b Abs. 6:

Die Frist für die Zugangsfiktion wird für Post in das Ausland auf einen Monat festgelegt. Bereits drei Monate nach Eingang bei der einheitlichen Stelle soll gemäß § 111 a Abs. 2 LVwG (Art. 1 Ziff. 6 des Gesetzentwurfes) jedoch bereits Genehmigungsfiktion eintreten. Muss / soll ein Antrag abgelehnt werden, würde dies die Bearbeitungszeit faktisch auf weniger als zwei Monate verkürzen. Denn ein rechtzeitiger Zugang vor Ablauf der Dreimonatsfrist kann nur bei Inanspruchnahme der Zugangsfiktion sichergestellt werden. Gerade bei Anträgen aus dem Ausland ist die Wahrscheinlichkeit besonders groß, dass die Bearbeitung erhöhten Aufwand verursacht. Angesichts der vielfältigen und schnellen Verkehrswege und der modernen Infrastruktur der Postunternehmen ist eine so lange Frist wie ein Monat auch nicht mehr erforderlich. Gerade innerhalb der Europäischen Union muss davon ausgegangen werden, dass Post spätestens innerhalb von zwei Wochen zugeht.

Zu § 138 d:

Wir gehen davon aus, dass der Landesregierung klar ist, dass häufige Anfragen der einheitlichen Stelle nach dem Verfahrensstand nicht zur Verfahrensbeschleunigung beitragen sondern den Verwaltungsaufwand sowohl in der einheitlichen Stelle als auch für die zuständigen Behörden erhöhen.

Zu § 138 e:

Die kurze Form von § 138 e täuscht über die enorme Bedeutung dieser Vorschrift hinweg. Gemäß der Begründung soll damit geregelt werden, dass (zumindest) sämtliche von der EU-Dienstleistungsrichtlinie erfassten Verfahren nicht nur beim Einheitlichen Ansprechpartner sondern auch bei den zuständigen Stellen vollständig elektronisch abgewickelt werden können muss. Außerdem hat die Vorschrift zur Folge, dass alle zuständigen Stellen über die Möglichkeit zum Einsatz der qualifizierten elektronischen Signatur verfügen müssen. Diese Technik ist bei den Kommunalverwaltungen in der Regel nicht vorhanden. Dafür bestand bisher auch kein Bedürfnis, da die elektronische Form bisher nicht angeordnet wurde und sich die elektronische Signatur auch bei den privaten PC-Nutzern bisher nicht durchgesetzt hat. Der Gesetzentwurf wirft also die Fragen auf,

- ob und zu welchem Zeitpunkt alle Kommunalverwaltungen über die Möglichkeit zur qualifizierten elektronischen Signatur verfügen müssen,
- wie dies organisiert und finanziert werden soll,

- ob eine dafür allgemein akzeptierte und ausgereifte Technik zur Verfügung steht,
- ob dieses Erfordernis europarechtlich tatsächlich aufrecht erhalten werden kann,
- ob dies möglicherweise zu Fehlinvestitionen führt, weil die qualifizierte elektronische Signatur dauerhaft bei den Nutzern keine Akzeptanz findet,
- bei welchen Schriftformerfordernissen die Landesregierung gemäß § 52 a Abs. 5 LVwG die Möglichkeit hat, bereits genutzt hat oder zu nutzen beabsichtigt, die Wahrung des Schriftformerfordernisses anders als durch die qualifizierte elektronische Signatur zu ermöglichen,
- in welchen Verwaltungsverfahren aufgrund einer durch Rechtsvorschrift angeordneten Schriftform Dokumente der Verwaltung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen werden müssten.

Die Notwendigkeit einer flächendeckenden Verbreitung der qualifizierten elektronischen Signatur ergibt sich auch aus Art. 1 Ziff. 10 (Änderung von § 150 Abs. 5 LVwG).

Zur Begründung:

Ziff. d 2. verschiebt die notwendige Diskussion über die Kosten durch die neuen Anforderungen für das Verwaltungsverfahren auf einzelne Fachgesetze, in denen das Verfahren über eine einheitliche Stelle angeordnet werden soll. Dass diese Verfahren in zahlreichen Fachgesetzen angeordnet werden müssen, folgt jedoch zwingend aus der EU-DLR. Daher wird im Rahmen dieser Fachgesetze kein Raum mehr für eine nähere Betrachtung der einzelnen Verfahrensbestimmungen im Landesverwaltungsgesetz sein.

Deswegen wird diese Form der Verweigerung einer Kostenfolgeschätzung von uns an dieser Stelle nicht akzeptiert. Aus den Bestimmungen der §§ 138 a ff., insbesondere § 138 e, folgen erhebliche Mehrkosten für die zuständigen Stellen, d. h. für einzelne Kommunalverwaltungen. Wie aufwendig es ist, hängt im Einzelnen auch von der Beantwortung der nachfolgend aufgeworfenen Fragen ab. Dass bessere Bürgerdienste durch elektronische Verwaltung eine zusätzliche Leistung des Staates sind, die auch Geld kostet, sollte nicht verschwiegen oder unterdrückt sondern deutlich herausgestellt werden. Daher bedarf es für den Gesetzentwurf noch einer ausreichend präzisen Kostenfolgeschätzung.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Bülow
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied